



BürgerInnenbrief

21. März 2017

Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Soziale Gerechtigkeit +++ Panikmache mit Armut? +++ Kein G20 in Hamburg +++ Menschenrecht Wohnen

Liebe Leserinnen und Leser,



Frühling & Sommer können kommen: www.kunterbunker-winterthude.de

auch wenn es in der Welt kühler zu werden scheint, freuen wir uns umso mehr auf den anbrechenden Frühling. Und wir freuen uns, dass in den Niederlanden die Rechtspopulisten um Geert Wilders eine Schlappe erlitten haben. Der Aufmarsch der Reaktionäre ist damit natürlich nicht gestoppt, weder in Europa noch in Deutschland, aber nach den düsteren Entwicklungen der letzten Monate sind solche Meldungen ein kleiner Lichtblick.

In Hamburg haben wir uns in den kommenden Monaten verstärkt auf einige »große Ereignisse« einzustellen, insbesondere die Aktionen gegen den G20-Gipfel am 7./8. Juli und die Bundestagswahl am 24. September. Beiden Themen ist in diesem »BürgerInnenbrief« ein Artikel gewidmet, der eine kommt von Florian Wilde, dem neuen G20-Kampagnenreferenten der Linksfraktion, der andere von Christoph Butterwege, dem Bundespräsidenten-Kandidaten der LINKEN, der sich mit einem Offenen Brief an den SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz gewandt hat, um für die Notwendigkeit einer sozialen Wende innerhalb der SPD-Führung zu werben.

Die direkte Verbindung zu Hamburg schafft Joachim Bischoff mit seinem Beitrag zur Armutsentwicklung, die vom hiesigen Senat nach wie vor sträflich vernachlässigt wird. Darüber hinaus liefern wir einige Einschätzungen, Zahlen und Fakten zum Thema Bleiberecht und zur aktuellen Wohnungspolitik, nicht zuletzt eine interessante Reflektion von Gerd Pohl über das Menschenrecht auf Wohnen.

Die Hamburgische Bürgerschaft hat übrigens einige Änderungen vollzogen, so wird jetzt alle zwei Wochen mittwochs ab 13.30 Uhr getagt. Es gibt kürzere Redezeiten und bei einem extra angesetzten Punkt muss der Senat direkt auf vorgebrachte Fragen antworten. Das ist alles nicht die Welt, aber vielleicht macht es die Sitzungen interessanter. Per Livestream lässt sich das ja alles verfolgen. Und wer es auch mal direkt, also wirklich live von der Tribüne aus erleben möchte, melde sich gerne bei uns.

Auf jeden Fall wünschen wir allen einen wunderbaren, sonnigen Frühlingsanfang.

Herausgeberinnen und Redaktion

Soziale Gerechtigkeit für alle!

Offener Brief von Christoph Butterwege an Martin Schulz



C. Butterwege in Hamburg (r. C. Özdemir, Z. Nastic) (Foto: H. Sudmann)

Prof. Dr. Christoph Butterwege lehrte von 1998 bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Am 12. Februar 2017 kandidierte er als Parteiloser für die LINKE für das Amt des Bundespräsidenten. Zuletzt hat er das Buch »Armut« (PapyRossa Verlag 2017) veröffentlicht. Wir nehmen hier seinen Offenen Brief auf, den er Anfang März an den frisch inthronisierten Spitzenkandidaten der SPD anlässlich der Bundestagswahl am 24. September 2017 richtete.

Lieber Martin Schulz,

kürzlich saßen Sie bei der Bundesversammlung¹ neben mir in der ersten Reihe. Wir haben beide die soziale Gerechtigkeit zum Leitbild unserer politischen Arbeit erhoben, weshalb ich große Hoffnungen hinsichtlich einer Veränderung der Regierungspolitik unseres Landes in Sie setze. Illusionen bezüglich der Wandlungsfähigkeit einer Partei, aus der ich 2005 wegen der Agenda 2010, der Hartz-Gesetze und der Tatsache ausgetreten bin, dass sie trotz einer rot-rot-grünen Bundestagsmehrheit und der Möglichkeit einer Regeneration in der Opposition eine Große Koalition mit der Union bildete, hege ich gleichwohl nicht.

Dadurch maßlos frustrierte Mitglieder und Millionen frühere Wähler der SPD projizieren heute ihre politischen Wunschvorstellungen auf Sie, obwohl sie die Parteiführung in der Vergangenheit immer wieder enttäuscht hat. Auf mehrere tausend Neueintritte seit Ihrer – von Sigmar Gabriel schlau inszenierten – Nominierung als Kanzlerkandidat und SPD-Vorsitzender können Sie stolz sein. 1972, im Jahr des »Willy«-Wahlkampfes, wurden allerdings mehr als 100.000 Mitglieder unter

35 Jahren aufgenommen. Trotzdem hat die wenig später mehr als eine Million Mitglieder zählende Partei momentan nicht einmal mehr die Hälfte davon. Dass jedoch vor allem viele junge Menschen in die SPD drängen, seit Sie Angela Merkel herausfordern, zeigt die enorme Anziehungskraft solcher Ideale wie Solidarität und sozialer Gerechtigkeit zu einer Zeit, in der sich die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft.

Wie mir scheint, haben Sie die wachsende soziale Ungleichheit als Hauptproblem der Gesellschaftsentwicklung erkannt, gehen aber nicht über Andeutungen hinaus, wie die bestehenden Verteilungsverhältnisse korrigiert werden können. Sonst müssten Sie mit Hartz IV auch den Kern des Reformwerks infrage stellen, das Gerhard Schröder in seiner »Agenda 2010« genannten Rede begründet hat. Die harten Zumutbarkeitsregelungen und die drakonischen Sanktionen der Jobcenter vor allem für Unter-25-Jährige sind nicht bloß für die Betroffenen entwürdigend, sondern haben auch Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften genötigt, schlechtere Arbeitsbedingungen und niedrigere Löhne zu akzeptieren. Ich bin sehr gespannt auf Ihre Änderungsvorschläge dazu.

Was nützt den Erwerbslosen die von Ihnen ins Gespräch gebrachte Verlängerung des Arbeitslosengeldes I für Ältere, wenn ein Viertel aller Neuzugänge überhaupt nicht in seinen Genuss kommt und die große Mehrheit der Erwerbslosen bloß

¹ Die Bundesversammlung, deren einzige Aufgabe in der Wahl des Bundespräsidenten besteht, setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Deutschen Bundestages und einer gleichen Zahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Bundesländer gewählt werden (Anm. d. Red.).

noch das Arbeitslosengeld II bezieht? Im Rahmen des »Hartz IV« genannten Gesetzespaketes wurde mit der Arbeitslosenhilfe eine den Lebensstandard der Langzeiterwerbslosen noch halbwegs sichernde Lohnersatzleistung, die 53 bzw. (bei Vorhandensein unterhaltsberechtigter Kinder) 57% des letzten Nettoentgelts betrug, durch eine Lohnergänzungsleistung auf Fürsorgenniveau, das Arbeitslosengeld II, ersetzt. Dies war der mit Abstand schwerste Eingriff in das Arbeits- und Sozialrecht der Bundesrepublik. Dazu kann heute kaum schweigen, wer glaubwürdig für mehr Gerechtigkeit eintritt.

Zwar konzedieren Sie, dass die SPD im Rahmen der »Agenda«-Politik bestimmte Fehler gemacht hat, die Sie nach Ihrer Wahl zum Bundeskanzler korrigieren möchten. In Wirklichkeit war die Agenda 2010 aber selbst der entscheidende Fehler und ihre Konzeption des »aktivierenden« Sozialstaates grundfalsch, weil diese den Erwerbslosen unterstellt, passiv und deshalb an ihrer Situation selbst schuld zu sein. Dagegen beruht die Politik des aktiven Sozialstaates, wie man ihn bis dahin kannte, auf der Erkenntnis, dass nicht die Betroffenen faul sind, sondern das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, in dem sie leben.

Sie, verehrter Martin Schulz, beschränken Solidarität m.E. zu sehr auf die Mitte der Gesellschaft und fordern Gerechtigkeit für »hart arbeitende Menschen, die sich an die Regeln halten«, wie das schon Bill Clinton tat, bevor er die US-amerikanische Sozialhilfe abschaffte. Millionen Erwerbslose würden gern hart arbeiten, sind jedoch – manchmal jahrzehntelang – durch ihre schlechte berufliche Qualifikation, eine Betriebschließung oder eine schwere Krankheit daran gehindert. Die nächste – hoffentlich von Ihnen geführte – Bundesregierung sollte sich zuerst um diese Erwerbslosen, sozial am meisten Benachteiligten und Transferleistungsbezieher kümmern, weil alle Menschen – keineswegs nur Berufstätige und Gesetzestreue – das Recht haben, in Würde zu leben.

Selbiges gilt natürlich für Kleinstrentnerinnen und Kleinstrentner. Denen und Millionen Arbeitnehmern nützt die von Ihnen angekündigte »Stabilisierung des Rentenniveaus« wenig, weil sich Letzteres aufgrund der unter Rot-Grün in die Rentenanpassungsformel eingefügten Dämpfung- oder besser: Kürzungsfaktoren der Armutsgrenze immer stärker annähert. Erforderlich wäre die Rückkehr zum Rentenniveau der Jahrtausendwende, als es 53% (heute: 48%) betrug und den Lebensstandard von jahrzehntelang sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Ruhestand noch halbwegs garantierte. Die kürzlich von der Großen Koalition beschlossene Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge schwächt die gesetzliche Rentenversicherung weiter und liefert deren Mitglieder erneut den Risiken der Kapitalmärkte aus, wo sich das auch vom SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel beklagte »Riester-Desaster« jederzeit wiederholen kann.

Nötig ist die Absage an einen neoliberalen Gerechtigkeitsbegriff, wie ihn der letzte SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück vertrat, als er 2003 eine Lanze für »Leistungsgerechtigkeit« brach und diese Position kurz vor der Bundestagswahl 2013 bekräftigte: »Soziale Gerechtigkeit muss künftig heißen, eine Politik für jene zu machen, die etwas für die Zukunft un-



Demo gegen Sozialabbau in Hamburg (M. Joho)

seres Landes tun: die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen, kurzum, die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Um die – und nur um sie – muss sich Politik kümmern.« Nein, unser Sozialstaat muss sich um alle Menschen kümmern, die Probleme haben, auch und gerade um solche, die wie Schwerstbehinderte, Obdachlose und Drogenabhängige nicht als »Leistungsträger« im Steinbrück'schen Sinne gelten können!

In den jüngsten Meinungsumfragen liegt Ihre Partei zwar vor CDU und CSU. Um die von Ihnen erzeugte Aufbruchstimmung bis zum Wahlsonntag am 24. September 2017 zu erhalten, sind neben einem unverbrauchten, sympathischen und humorvollen (Spitzen-)Personal jedoch ein attraktives Programm, eine realistische Macht- bzw. Mehrheitsperspektive der SPD sowie ein gemeinsames Projekt der künftigen Regierungspartner erforderlich. Zusammen mit der Union wären soziale Gerechtigkeit und eine Agenda der Solidarität selbst mit Ihnen als Bundeskanzler nicht zu verwirklichen. Dazu bedarf es vielmehr einer rot-rot-grünen Koalition und einer breiten außerparlamentarischen Bewegung. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und LINKE verbindet das Bekenntnis zu einer solidarischen Bürgerversicherung, die – auf alle geeigneten Versicherungszweige ausgedehnt – den Sozialstaat wieder auf ein festes Fundament stellen und sich als gemeinsame programmatische Plattform einer R2G-Koalition eignen würde.

Kaum ertönt Ihr Ruf nach mehr sozialer Gerechtigkeit mit der realistischen Chance eines politischen Richtungswechsels, schon warnen Lobbyisten, neoliberale Ökonomen und andere Bedenkenräger, der »Standort D« könne unter der Bürde steigender Sozialleistungen zusammenbrechen. Angesichts der wütenden Reaktionen einzelner Wirtschaftsverbände auf Ihre bisherigen Reformvorschläge benötigen Sie mehr Mut, zu dem Frank-Walter Steinmeier nach gewonnener Wahl die Deutschen in seiner Rede vor der Bundesversammlung aufgefordert hat. Ohne weiterreichende Forderungen lassen sich nämlich auch im Falle Ihrer Wahl zum Kanzler die sozialen Verwerfungen und politischen Fehlentwicklungen seit der Jahrtausendwende nicht überwinden.

Mit solidarischen Grüßen
Ihr Christoph Butterwege

Armutsberichterstattung = Panikmache?

Von Joachim Bischoff



Lebensmittel für Bedürftige (Foto: www.hamburger-tafel.de)

Nach dem neuen Armutsbericht der Wohlfahrtsverbände verharrt die Zahl der von Armut betroffenen BürgerInnen in Hamburg mit 15,7% weiter auf einem hohen Niveau – im Vorjahr lag die Quote bei 15,6%. Damit ist weiterhin fast jede/r sechste Hamburger von Armut bedroht. Im Klartext bedeutet dies: Die positive wirtschaftliche Entwicklung kommt bei vielen Menschen nicht an.

Obwohl die Wirtschaft seit Jahren brummt, die Exportüberschüsse von Rekord zu Rekord eilen und die Arbeitslosigkeit den niedrigsten Stand seit einem Jahrzehnt erreicht hat, gehören PfandflaschensammlerInnen, Armuts-Tafeln, BettlerInnen etc. zu unübersehbaren Erscheinungen unseres Alltags und sind in den letzten Jahren allgegenwärtig geworden. Ja, in Deutschland steigt mit dem Wohlstand auch die Armut. Einem extrem hohen Armutsrisiko ausgesetzt sind Arbeitslose, Alleinerziehende, kinderreiche Familien, AusländerInnen und RentnerInnen. Und die Mehrheit der BürgerInnen empfindet die Verteilung in Deutschland – wie Umfragen belegen – als ungerecht.

Bernd Siggelkow, Gründer des Kinder- und Jugendhilfswerks »Arche«, kommentiert den Entwicklungstrend: »Wir lernen einfach nichts aus den vergangenen Studien und nehmen die Tatsache hin, dass gerade Kinder in Armut aufwachsen müssen.« Die Arche sehe an ihren Standorten seit Jahren, dass gerade bei Alleinerziehenden die Perspektivlosigkeit auf Kinder übergreife. Armut bedeute für Kinder nicht nur, nichts anderes zu kennen, als mit Mangel zu leben. »Armut bedeutet für sie zudem weniger Bildungschancen zu haben, da sie weniger Fördermöglichkeiten erhalten.« Siggelkow fordert, mehr Angebote zu schaffen: Nachhilfeunterricht, kostenloses Schulsessen und Unterstützung für alleinerziehende Mütter und Väter: »Wir dürfen sie nicht allein lassen.«

Seit Januar 2006 arbeitet die »Arche« in Hamburg-Jenfeld. Täglich besuchen 80 bis 120 Kinder zwischen vier und 13

Jahren den offenen Kinderbereich. Dort erhalten sie täglich eine kostenfreie warme Mittagsmahlzeit und zweimal wöchentlich ein Abendessen, das mit den Kindern gemeinsam vorbereitet wird. Zu den Angeboten gehören außerdem Hausaufgabenhilfe, Nachhilfe, Fußball, Tischtennis, Basteln, Instrumentalunterricht, Tanzen, ein kleiner Chor, Kinderparties u.v.m. Zur Einrichtung in Jenfeld zählt auch das Projekt »Guter Start« an der Grundschule Öjendorfer Damm. Dort erfolgt die Versorgung von ca. 40 Kindern mit einem Frühstück, es gibt Spiel- und Bastelangebote, in den Schulranzen wird ein letzter Blick geworfen – das alles in der Stunde vor dem Unterrichtsbeginn.

Auch die Arche Billstedt spricht eine Anzahl von 60 bis 150 Kindern zwischen vier und 13 Jahren an. Zusätzlich wird die offene Arbeit mit Kurs- und Spielprojekten an den Schulen verknüpft. Außerdem gibt es im Stadtteil ein Angebot für Kinder einer Flüchtlingsunterkunft. Seit September 2016 arbeitet Arche in drei Flüchtlingsunterkünften und bietet dort Spiel- und Förderprojekte für Kinder und Jugendliche an.

Völlig ignorant gegenüber den alltäglichen Erscheinungen der Armut wettern viele Medien, WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen gegen die Armutsberichterstattung. Der Professor für Wirtschafts- und Sozialstatistik Walter Krämer hält die Weise, wie Armut gemessen wird, für »unseriös und schwachsinnig«. Wer seriös herausfinden wolle, wie sich Armut entwickelt, müsse sie an Notlagen festmachen. »Niemand, der sich ernsthaft mit dem Thema befasst«, nehme die offizielle Statistik noch ernst. Der Paritätische Wohlfahrtsverband – gegen dessen jährlichen Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland sich die Polemik richtet¹ – habe kein In-

¹ Vgl. dazu auch Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Marktschreier der Armut? Die Polemik und die Fakten. SozialismusAktuell vom 3.3.2017 auf www.sozialismus.de.

Abbildung 1: Armutsgefährdung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen

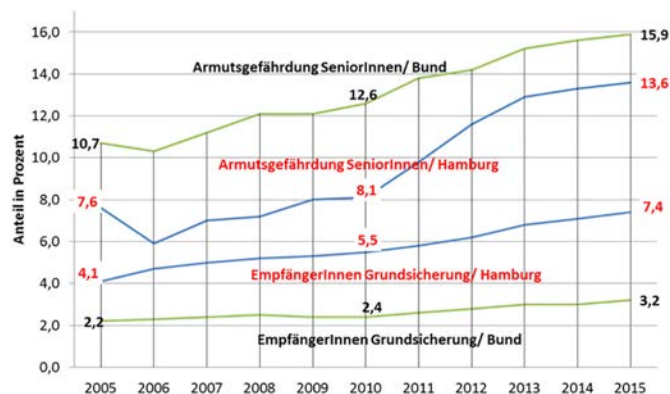


Tabelle 1: EmpfängerInnen von Grundsicherung im Alter, 31.12.2015, in Hamburg (in %)

| | |
|-----------------------------------------|-------------|
| Deutsche | 5,8 |
| Männer | 6,2 |
| Frauen | 5,6 |
| MigrantInnen ohne deutschen Pass | 28,7 |
| Männer | 24,4 |
| Frauen | 33,0 |
| Insgesamt | 7,4 |
| Männer | 7,7 |
| Frauen | 7,3 |

teresse an der tatsächlichen Entwicklung in Deutschland. »Dabei käme nämlich heraus, dass Armut seit Jahren sinkt.«

Während das Armutsrisiko in Hamburg bei Familien mit drei und mehr Kindern deutlich gesunken ist, stieg es bei RentnerInnen auf einen neuen Höchststand – zum neunten Mal in Folge (siehe Abbildung 1).

»Das Alter wird in Hamburg immer stärker zum Armutsrisiko«, sagt Joachim Speicher, Geschäftsführender Vorstand des Paritätischen Hamburg. Waren 2006 noch 5,9% der RentnerInnen von Armut bedroht, habe sich die Quote im Jahr 2015 auf 13,6% mehr als verdoppelt. Diese negative Entwicklung wird sich weiter fortsetzen, da in den nächsten Jahren zunehmend Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien, hohen Teilzeitarbeitsquoten und niedrigen Löhnen das Rentenalter erreichen. »Das Dramatische an Altersarmut ist, dass es für die Betroffenen kaum Hoffnung auf Besserung gibt. Während jüngere Menschen noch aus eigener Kraft Wege aus der Armut finden können, haben ältere Menschen mit dem Eintritt in den Ruhestand kaum Chancen, ihre finanzielle Situation zu verbessern«, so Speicher weiter.

Diese Entwicklungstendenz zeigt sich auch bei der Grundsicherung im Alter. Die Zahl und Quote der EmpfängerInnen dieser Mindestsicherungsleistung liegt mit 7,4% niedriger als die Armutsquote von 13,6%, weil viele SeniorInnen sie entweder aus Scham oder Unkenntnis nicht in Anspruch nehmen oder aber die Schwellenwerte, unterhalb derer sie in Anspruch genommen werden kann, so niedrig angesetzt sind, dass sie den Betroffenen trotz Bedürftigkeit nicht gewährt

wird. Gleichwohl ist Hamburg mit einer Quote von 7,4% der älteren BürgerInnen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, Hauptstadt der Altersarmut in Deutschland. Auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind dabei vor allem BürgerInnen ohne deutschen Pass (siehe Tabelle 1).

Erfreulicherweise ist die Betroffenheit von Armut bei Familien mit mehr als zwei Kindern stark rückläufig. Waren 2013 noch über 40% dieser Familien von Armut bedroht, ist die Quote im Jahr 2015 auf 30% gesunken. »Die Einführung der beitragsfreien, fünfständigen Kita-Betreuung scheint sich auf diese Familien besonders positiv auszuwirken. Trotz der erfreulichen Entwicklung zählen Familien mit mehr als zwei Kindern allerdings weiterhin zu den Hauptrisikogruppen«, so Joachim Speicher. Dazu gehören auch Erwerbslose (58%), Alleinerziehende (36,4%) und BürgerInnen mit Migrationshintergrund (30,3%) (siehe Abbildung 2).

Arme Eltern bedeuten zwangsläufig auch arme Kinder. In Hamburg sind rund 60.000 Kinder unter 18 Jahren (21%) von Armut bedroht. Armut bedeutet dabei mehr als fehlende finanzielle Mittel. Wer in Armut aufwächst, hat schlechtere Bildungschancen und somit auch weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Kinder müssen zudem auf vieles verzichten, was für andere Kinder selbstverständlich ist. Ein Besuch im Fußballstadion oder der Kinoabend mit FreundInnen ist und bleibt für viele Kinder unmöglich.

Die Bundesregierung könnte durch Reformen bei der Rente und auf dem Arbeitsmarkt Altersarmut reduzieren, so die Wohlfahrtsverbände. Aber auch der Hamburger Senat könnte seinen Teil dazu beitragen, dass die Armut in einer der reichsten Städte Europas – jeder achte Hamburger gilt als reich – nachhaltig sinkt, z.B. durch den Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeitarbeitslose, die Schaffung von beträchtlich mehr bezahlbarem Wohnraum, konkrete Unterstützungsangebote für Alleinerziehende und Mehrkind-Familien und eine Stärkung der Quartiere, in denen besonders viele arme Menschen leben.

Das Bild über Armut in Hamburg wird vollständig, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass im letzten Jahrzehnt in den Medien regelmäßig eine Irritation über die Entwicklung aufblitzt. Änderungen in der Politik bleiben danach jedoch Fehl-anzeige. Auch hier dominiert letztlich die Ausflucht: Der Pa-



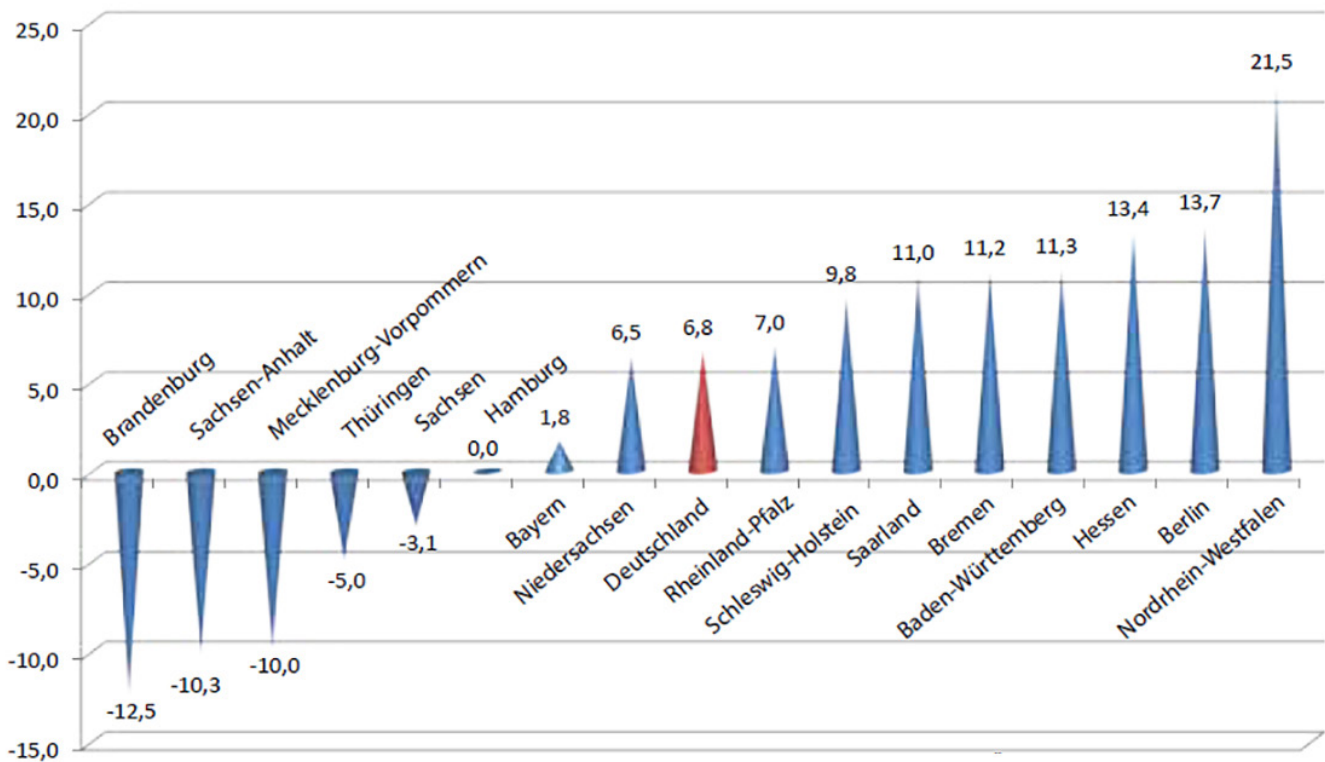
**MENSCHENWÜRDE
IST
MENSCHENRECHT.**

**Der Paritätische
Gesamtverband:
Menschenwürde ist
Menschenrecht. Bericht
zur Armutsentwicklung
in Deutschland 2017.**

Bericht zur Armutsentwicklung
in Deutschland 2017



Das Gesamtdokument
ist verfügbar unter:
www.der-paritaetische.de/armutsbericht/download-armutsbericht/

Abbildung 2: Veränderung der Armutsquote zwischen 2005 und 2015 (in %)

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

ritätische Wohlfahrtsverband betreibe Panikmache. So lesen wir im »Hamburger Abendblatt«: »Das leicht gestiegene Armutsrisiko ist Anlass zum Handeln, nicht zur Panikmache. Eine Debatte über Armutsbekämpfung ist notwendig.« Weder stimmt die Kritik der Panikmache, noch kann die Rede davon sein, dass es im politischen Betrieb eine ernsthafte Debatte über Gründe der Armutsentwicklung und mögliche Gegenstrategien gibt.

Immerhin berichtet das Abendblatt (am 9.3.2017) auch über ein wichtiges Segment der Armutsentwicklung in der Hansestadt. »Bis zu 20.000 Bedürftige versorgt die Hamburger Tafel wöchentlich mit rund 35 Tonnen Lebensmitteln. Die Warteschlangen an den gegenwärtig 21 Ausgaben in der Stadt werden immer länger, die Mengen an gespendeten Lebensmitteln jedoch kleiner.«

Zwar versuche die Tafel, die Mengen der Lebensmittel, die die 120 HelferInnen im Stadtgebiet verteilen, dem jeweiligen Bedarf anzupassen. Dennoch komme es in jüngster Zeit dazu, dass die Lebensmittel zu früh ausgehen und Wartende wieder nach Hause geschickt werden müssen.

»Zudem macht sich der grundsätzliche Mangel an freiwilligen Helfern angesichts der aktuellen Situation in der Einrichtung besonders bemerkbar«, sagt der Tafel-Geschäftsführer Tack. Stadtweit nutzen immer mehr Bedürftige das Angebot der Hamburger Tafel. »Die Nachfrage steigt zweifelsohne, das merken wir in der ganzen Stadt«, so Tack.

»Insgesamt bräuchten wir 30 Stellen, die Lebensmittel an Bedürftige ausgeben, um die weißen Flecken auf der Stadt-

karte zu füllen.« Ob sie diese überhaupt ausreichend beliefern könnten, ist derzeit unklar. Denn neben dem Mangel an Ehrenamtlichen ginge auch die Menge an gespendeten Lebensmitteln zurück. Der Grund dafür ist kurios: »Beispielsweise verkaufen die Supermärkte älteres Obst und Gemüse inzwischen günstiger auf Sondertischen«, klagt Tack. Ein Schritt, der angesichts der Lebensmittelverschwendung eigentlich zu begrüßen sei. »Das hat aber auch zur Folge, dass die Supermärkte uns weniger Lebensmittelspenden zukommen lassen.«

Fazit

Die relativ gute Wirtschaftsentwicklung hat sich nicht in einem Abbau der Armut niedergeschlagen. Im Gegenteil: »Gemessen an der Armutsquote geht der zunehmende gesamtgesellschaftliche Reichtum mit zunehmender Ungleichheit und der Abkopplung einer immer größeren Zahl von Menschen vom allgemeinen Wohlstand einher.« Dazu passt, dass der Anstieg der Armutsquote in 2015 mit einem weiteren Rückgang der Arbeitslosen- und der Hartz-IV-Quote einhergegangen sei. Offensichtlich bedürfe es verteilungspolitischer Korrekturen seitens des Staates – »sei es durch eine deutliche Anhebung von unteren Löhnen und insbesondere des Mindestlohnes oder aber besserer Transferleistungen für das untere Einkommenssegment«. Außerdem müssten die Bundesländer und Kommunen die Zurückdrängung der Armut in ihre Agenda aufnehmen.

Kein G20 in unserer Stadt!

Von Florian Wilde, G20-Kampagnenreferent der Hamburger Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE



Foto: www.g20hamburg.org

Dass die HamburgerInnen keine internationalen Prestigeevents in ihrer Stadt wollen, haben sie bei der Abstimmung über die Olympia-Bewerbung deutlich zum Ausdruck gebracht. Auch weil nach dem Kostendesaster um die Elbphilharmonie das Vertrauen in den Senat arg gelitten hat, solche Projekte im angekündigten Finanzrahmen zu bewältigen.

Und trotzdem will der Senat im Juli ein weiteres Großevent in die Stadt holen: den G20-Gipfel der Regierungschefs der reichsten und mächtigsten Industrie- und Schwellenländer der Welt. Am 7. und 8. Juli sollen sie in den Messehallen, aber auch im Rathaus und der Elbphilharmonie zusammenkommen – und sie werden die Stadt in eine Art Ausnahmezustand versetzen. Dutzende Delegationen mit tausenden TeilnehmerInnen, VertreterInnen von Nicht-Regierungsorganisationen und JournalistInnen müssen untergebracht, viele Straßen gesperrt und ganze Stadtteile in Hochsicherheitszonen verwandelt werden.

DIE LINKE ist die einzige Partei in der Hamburgischen Bürgerschaft, die den G20-Gipfel in der Hansestadt von Anbeginn an ablehnte. **Wir sind dagegen, weil**

- die G20 für eine Politik der Bankenrettung durch den Steuerzahler, eine Fortsetzung der Umverteilung von unten nach oben und eine reine Wachstumsorientierung stehen, in der die Klimaschutzziele ins Hintertreffen geraten. Menschenrechte und Meinungsfreiheit sind in vielen G20-Staaten eingeschränkt. Diese Gipfel sind Ausdruck der herrschenden Weltordnung und Bühne für deren mächtigste politische

Akteure. Ihre übergeordnete Aufgabe war und ist, den neoliberalen Finanzmarktkapitalismus in nur wenig angepasster Form fortzuführen.

- Die G20 sind dabei zu einer zentralen Institution geworden, um das Überleben einer Weltordnung abzusichern, welche die Ursache für Millionen Flüchtlinge, für ständige Umverteilung nach oben, für Umweltzerstörung und Kriege ist.

#NoG20_2017 Hamburg.

Globale Gerechtigkeit geht anders

Veranstaltung des Forums Demokratischer Sozialismus (fds) zum G20-Gipfel und den geplanten Gegenaktivitäten Anfang Juli 2017

Mit dem Hamburger Bundestagsabgeordneten



Jan van Aken, zugleich außenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag
Montag, 3. April, 19.30 Uhr,
Vor-Ort-Büro St. Georg, Zimmerpforte/Ecke Hansaplatz

- wir es unverantwortlich finden, den G20-Gipfel mitten in eine Millionenstadt wie Hamburg und dann auch noch quasi ins Karoviertel zu holen. Beim letzten derartigen Gipfel in einer Metropole des europäischen Festlandes in Genua war es zu massiven Auseinandersetzungen gekommen.
- wir auch nach den Erfahrungen mit dem »Gefahrengebiet« in St. Pauli Anfang 2013 die Umwandlung ganzer Stadtteile in Hochsicherheitszonen ablehnen.
- die Kosten für den Gipfel völlig unabsehbar sind. Beim G20-Gipfel in Toronto (Kanada) 2010 hatte die Regierung zunächst Kosten von 179 Mio. Dollar veranschlagt. Die tatsächlichen Kosten lagen dann nach Regierungsangaben bei 858 Mio. Dollar. Nach den Erfahrungen mit der Kostenexplosion bei der Elbphilharmonie ist davon auszugehen, dass der Hamburger Senat auch die Gipfelkosten nicht in den Griff kriegen wird. Wir finden: Die Gipfelmillionen wären für Bildung, Soziales und Umwelt in Hamburg weit besser angelegt!

Die Gäste, die der Hamburger Senat mit dem Gipfel in die Stadt holt, wirken wie eine Parade der Monster: Donald Trump mit seiner rassistischen, sexistischen und umweltfeindlichen Politik; Recep Tayyip Erdogan, der sein Land in einen Bürgerkrieg und eine offene Diktatur steuert; Vladimir Putin, der Schwule, Lesben und Demokraten verfolgen lässt; der König von Saudi-Arabien, in dessen Land Frauen kein Auto fahren dürfen und Dieben die Hände abgehackt werden. Wir wollen nicht, dass Hamburg zur Bühne eines gigantischen Schaulaufens der Unsympathen verkommt!

Gegen den G20-Gipfel hat sich ein breites Protestbündnis formiert, das von kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppen über entwicklungspolitische Initiativen und Parteien wie den GRÜNEN und den PIRATEN bis zu linksradikalen Gruppen reicht. Auch DIE LINKE ist von Anfang an Teil dieses Bündnisses.

Wenn Anfang Juli die Staatschefs der führenden Industrie- und Schwellenländer zum G20-Gipfel in Hamburg zusammenkommen, dürften sie dort von einem der größten Gipfelproteste der deutschen Geschichte empfangen werden. Die bisherigen Schätzungen liegen zwischen 60.000 und 100.000 erwarteten TeilnehmerInnen alleine bei der für den 8. Juli geplanten Großdemonstration. Sollte sich die weltpolitische Lage in den kommenden Monaten in einem Tempo verschärfen, wie es sich seit dem Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten Donald Trump abzeichnet, scheinen auch deutlich höhere TeilnehmerInnenzahlen keineswegs ausgeschlossen.

Inmitten einer politischen Situation, die immer stärker von einer Polarisierung zwischen neoliberaler Mitte und autoritären Rechtspopulisten gekennzeichnet ist und in der linke Alternativen gegenwärtig kaum auftauchen, bietet der G20-Gipfel eine wichtige Gelegenheit, diese Polarisierung von links zu durchbrechen und eigene, solidarische Alternativen sichtbar zu machen.

Der Hamburger Gipfelprotest wird dabei keinesfalls nur in Deutschland wahrgenommen: Anfang Juli werden Kameras aus der ganzen Welt auf uns gerichtet sein. Ein massenhafter und erfolgreicher Gipfelprotest wird daher die Existenz einer an-

Hauptaktionen im Rahmen der Proteste gegen den G20-Gipfel

Sonntag, 2. Juli:

Aktionstag von verschiedenen NGOs mit Menschenkette und Protestfahrt auf der Alster

Mittwoch/Donnerstag, 5./6. Juli:

Gipfel der Globalen Solidarität/Alternativgipfel

Donnerstag, 6. Juli, abends:

Autonome Vorabenddemo

Freitag, 7. Juli: Tag des zivilen Ungehorsams und der Aktionen in den Stadtteilen

Samstag, 8. Juli: Großdemonstration

**GRENZENLOSE
SOLIDARITÄT**

**STATT
G20**

Internationale Großdemonstration
Hamburg
Samstag | 8.7.2017 | ab 11 Uhr

www.g20-demo.de | info@g20-demo.de

Spenderkonto: Hamburger Forum e.V., DE32 4306 0967 2067 3173 01, BIC GENODEM1GLS, Stichwort: G20 Gipfel

tikapitalistischen Linken und eines alternativen gesellschaftlichen Pols weltweit sichtbar machen. Gleichzeitig hat der in den beginnenden Bundestagswahlkampf fallende Gipfel für die Linke in Deutschland und insbesondere die Linkspartei eine besondere Bedeutung: Die AfD wird in dieser Frage kaum eine Rolle spielen, während sich der LINKEN die Chance bietet, ihre Alternativen sichtbar zu machen und eigene Themen in den Wahlkampf zu tragen. Auch auf die Frage, wer tatsächlich gegen das Establishment kämpft, wird in Hamburg eine deutliche Antwort gegeben werden: Dieser Kampf wird von links geführt.

Wir laden alle Hamburgerinnen und Hamburger ein, während des Gipfels mit uns auf die Straße zu gehen und deutlich zu machen: Eine andere Welt ist nötig – und möglich!

Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt

Von Surya Stülpe, Referentin im Abgeordnetenbüro Christiane Schneider



»Wir alle eine Welt«: Wandbild im Lenzviertel von Nushin Morid und Kai Teschner (2004, Ausschnitt)

Im Stadtteil Eimsbüttel äußerte ein »Beschuldigter in einem Lokal, dass man »alle Juden vergasen müsse«; zusätzlich schlug er dem Geschädigten, der ihn auf das Verhalten ansprach, mit der Faust ins Gesicht.« Im Stadtteil St. Georg schlug ein Mann einer Frau mit der Faust auf den Kopf, weil er sich durch ihr Kopftuch provoziert fühlte.

Beide Vorfälle entstammen den Beschreibungen des Senats auf unsere jüngste Anfrage zu Straf- und Gewalttaten mit rechtem Hintergrund. Straftaten mit rechtem oder rechts-extremem Hintergrund stiegen in Hamburg insbesondere im

letzten Quartal 2015 (172 Straftaten) extrem an und bewegen sich seitdem auf hohem Niveau (zwischen 68 und 86 Straftaten im Quartal). Seit September 2015 sind in Hamburg 26 rassistisch und/oder rechts motivierte Körperverletzungen begangen worden. Die unabhängige Beratungsstelle »empower« spricht von einer deutlich höheren Dunkelziffer.

Ein Großteil der Opfer rechter Straftaten sind Migrantinnen und Migranten, viele von ihnen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus. Zu der allgemein schwierigen Lebenssituation, die aus den fehlenden sozialen Bindungen und Kontakten so-

Wer **Drucksachen aus dem Bürgerschaftszusammenhang** sucht, findet sie hier: www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/index. Und um diese beiden Drucksachen geht's konkret in diesem Artikel:

- Schriftliche Kleine Anfrage von Christiane Schneider an den Senat »Straf- und Gewalttaten mit rassistischem, rechts-extremistischem und/ oder ausländerfeindlichem Hintergrund in Hamburg (4. Quartal)«, Drs. 21/7492 vom 10.1.2017 (www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/56095/straf-und-gewalttaten-mit-rassistischem-rechtsextremistischem-und-oder-auslaenderfeindlichem-hintergrund-in-hamburg-4-quartal-2016-.pdf)

- Antrag der Linksfraktion »Bleiberecht für Opfer rechter und rassistischer Gewalttaten«, Drs. 21/7976 vom 14.2.2017 (www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/56604/bleiberecht-fuer-opfer-rechter-und-rassistischer-gewalttaten.pdf). Dieser Antrag ist auf der Bürgerschaftssitzung am 1. März auf Antrag der SPD, GRÜNEN und LINKEN zur weiteren Diskussion an den Innenausschuss überwiesen worden.

Wer an der regelmäßigen Zusendung des **innenpolitischen Newsletters** von Christiane Schneider und Surya Stülpe interessiert ist, schickt eine E-Mail an newsletter@linksfraktion-hamburg.de.

wie aus der ungewissen Zukunftsperspektive resultiert, treten die physischen und psychischen Folgen einer Gewalttat, einer Bedrohung oder Nötigung.

Vor diesem Hintergrund ist die Gewährung eines sicheren Aufenthaltstitels für Opfer rechter und rassistischer Gewalttaten erforderlich. Zum einen soll das Opfer einer rechts oder rassistisch motivierten Straftat eine Wiedergutmachung erfahren und es soll ihm Sicherheit und Schutz angeboten werden. Zum anderen hat auch der Staat ein erhebliches Interesse daran, den TäterInnen der Gewalttat zu verdeutlichen, dass ihren Opfern durch eine Verfestigung des Aufenthalts Gerechtigkeit widerfährt und das Gegenteil dessen erreicht wird, was die TäterInnen beabsichtigen.

Als Opferzeuginnen/-zeugen haben Betroffene spezifische Rechte, wie z.B. das Recht der Nebenklage und der Opferentschädigung. Die Wahrnehmung dieser Rechte wird ihnen durch eine Abschiebung erheblich erschwert. Auch für das Strafverfahren hat der Verbleib von Opferzeugen/-zeuginnen

im Land eine enorme Bedeutung. Es muss alles getan werden, damit rechte StraftäterInnen auffindig gemacht und konsequent strafrechtlich belangt werden.

Opferberatungsstellen fordern seit langem ein sicheres Bleiberecht für die Opfer rechter rassistischer Gewalt. Nachdem Brandenburg als erstes Bundesland seine Ausländerbehörden per Erlass aufgefordert hat, bei Betroffenen rechter Gewalttaten alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um ihnen ein Bleiberecht zu gewähren, haben wir seitens der Linksfraktion ein ebensolches Vorgehen auch für Hamburg beantragt. Der Antrag wurde in der Bürgerschaftssitzung am 1. März debattiert und dann in den Innenausschuss überwiesen. Mittlerweile haben auch Berlin und Thüringen angekündigt, entsprechende Schritte zu gehen. Allerdings können die Länder nur an den Symptomen herumdoktern. Ein Antrag der GRÜNEN im Bundestag, der zum Ziel hat, das Aufenthaltsgesetz entsprechend zu ändern, wurde von der schwarz-roten Mehrheit leider abgelehnt.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Das Thema **Neue Wohnungsgemeinnützigkeit** hat in den vergangenen Monaten einen deutlichen Aufschwung genommen und wird womöglich im Bundestagswahlkampf eine wichtige Rolle spielen. Weiter unten wird auf **zwei Veranstaltungen in Hamburg** hingewiesen. Zum Thema sei auf **zwei Gutachten** verwiesen:

- »Neue Gemeinnützigkeit. Gemeinwohlorientierung in der Wohnungsversorgung«. Arbeitsstudie im Auftrag der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, Projektleiter: Dr. Andrej Holm, September 2015 (www.heidrun-bluhm.de/fileadmin/kreise/Bluhm/Neue_Gemeinnuetzigkeit_gesamt_2015-09-16.pdf).
- »Wege zu langfristig preiswertem und zukunftsgerechtem Wohnraum (Wohnungsgemeinnützigkeit 2.0)«. Studie im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Kurzfassung. Von Jan Kuhnert in Zusammenarbeit mit Olof Leps. Hannover, 15.12.2015 (www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/bauen/PDF/Studie-Neue-Wohnungsgemeinnuetzigkeit-2015-Kurzfassung.pdf). Zu der Studie von Jan Kuhnert und Olaf Leps ist soeben im Verlag Springer Fachmedien Wiesbaden ein Buch erschienen: »Neue Wohnungsgemeinnützigkeit. Wege zu langfristig preiswertem und zukunftsgerechtem Wohnraum«.



In Winterhude hat sich 2016 eine Initiative gegründet, die bemüht ist, den von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) zum Verkauf vorbereiteten **Bunker im Kuhnsweg** zu einem erschwinglichen Preis selbst zu erwerben, für günstigen Wohnraum, versteht sich. Wir berichteten in der Ausgabe vom 27. Oktober 2016 erstmals darüber. Der spannende Fortgang der Ereignisse ist zu verfolgen unter: www.kunterbunker-winterhude.de.

Das **Bündnis Soziale Stadtentwicklung rund um den Hauptbahnhof** – siehe auch den Bericht in der letzten Ausgabe des BürgerInnenbriefs – ist inzwischen zur konkreten Aktionsplanung übergegangen. Ab sofort trifft sich das Bündnis alle zwei Wochen **dienstags (am 21.3., 4.4., 18.4. usw.)** jeweils um 19.00 Uhr in der »Fabrique« des Gängeviertels (Valentinskamp 34a). Zunächst wird regelmäßig über den Fortgang der Ereignisse berichtet und dann geht es in die mittlerweile gebildeten Arbeitsgruppen »Inhalte«, »PR« und »Aktionen«.

Die **Verkehrspolitik rund um die Max-Brauer-Allee** ist Gegenstand einer Informations- und Diskussionsveranstaltung der Gruppe Altona-Nord/Altstadt der LINKEN am **Mittwoch, den 22. März**, um 19.30 Uhr in der Louise Schröder Schule (Thedestraße 100). Stellung nehmen werden an diesem Abend Karsten Strasser (Mitglied für DIE LINKE in der Bezirksversammlung Altona) und Heike Sudmann (Hamburgische Bürgerschaft).



Am **Samstag, den 25. März**, geht es um 19.00 Uhr im »dock europe e.V.« (Bodenstedtstraße 16, Hinterhof Eingang West) um **Stadtbilder** bzw. die **Architektur im globalen Städtewettbewerb**. Am Fallbeispiel der HafenCity wird Prof. Dr. Monika Grubbauer von der HCU einen kritischen Blick auf ihren eigenen Arbeitsplatz werfen. Veranstalterin ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Am **Wochenende 25./26. März** findet das **erste bundesweite Treffen des Netzwerks Mieten & Wohnen 2017 in Dortmund** statt. Thematisch geht es in Vorbereitung der 3. Großen Konferenz im kommenden Jahr um diese Punkte: Mietrecht neu denken: Milieuschutz und gerechte Miete, Wohnraum für Menschen mit besonderen Bedarfen, Stadtentwicklung, Neue Wohnungsgemeinnützigkeit/MieterInnenmitbestimmung. Getagt wird am Samstag ab 14.00 Uhr, Ende ist am Sonntag gegen 13 Uhr, und zwar in den Räumen des Mietervereins Dortmund (Kampstraße 4). Mehr unter www.netzwerk-mieten-wohnen.de.

Das Museum für Hamburgische Geschichte am Holstenwall 24 ist eine der altherwürdigen Einrichtungen der Stadt – mit durchaus »modernen« Angeboten, die es lohnen, wahrgenommen zu werden. Nehmen wir beispielsweise die jeweils einstündigen Führungen durch die Dauerausstellung: Am **Wochenende 25./26. März** geht es jeweils von 15.00 bis 16.00 Uhr um die Aspekte **Vom Fleet zu Lindleys Leitungen. Hamburgs Wasserversorgung vom Mittelalter bis zum Ende des 19. Jahrhunderts**, aber auch um den **Taktgeber Hafen: Stadtentwicklung im Zeichen des Hafens**. Das umfangreiche Gesamtprogramm gibt es hier: hamburgmuseum.de.



Serieller Wohnungsbau, was ist das eigentlich und welche Standards erfüllt er, welche womöglich nicht? **Ansätze für einen modernen seriellen Wohnungsbau** stehen im Mittelpunkt einer Veranstaltung des Hamburger Städtebauseminars am **Mittwoch, den 29. März**, um 18.30 Uhr im HafenCity InfoCenter im Kesselhaus (Am Sandtorkai 30). Als Referentin wird Dipl.-Bauing. Andreas Lüllau, der Geschäftsbereichsleiter Neue Stadtquartiere/Seriell Bauen der SAGA, Stellung nehmen und die **Chancen für die Reduzierung von Planungs- und Baukosten und Fertigstellungszeiten** aufzeigen. Studierende haben kostenfreien Eintritt, alle anderen BesucherInnen zahlen, wie viel, das schaut mensch am besten selbst unter www.staedtebauseminar.de.

Um den **Bau der A26-Ost zwischen Hamburg und Stade** geht es auf einer Veranstaltung der »taz« am **Donnerstag, den 30. März**, um 18.00 Uhr im Haus des Vereins »elbdeich e.V.« (Moorburger Elbdeich 249). Nicht nur in Moorburg, auch in Wilhelmsburg macht sich starker Widerstand gegen den Ausbau bemerkbar, schließlich geht es hier um eine zu erwartende massive Erhöhung des Verkehrsaufkommens. ReferentInnen an diesem Abend sind Malte Siegert, Leiter des Bereichs Umweltpolitik im Naturschutzbund (Nabu) Hamburg, sowie eine Vertreterin vom »Bündnis Verkehrswende Hamburg« (BVH).

Vom **30. März bis zum 2. April** steigt in Frankfurt a.M. das **3. bundesweite Recht-auf-Stadt-Forum**. Es geht dabei um den »Austausch stadtpolitisch aktiver Gruppen und Initiativen untereinander«, mit dem Ziel, so der entsprechende Aufruf, »unsere lokalen Kämpfe (zu) stärken und Strategien zur Wiederaneignung städtischer Räume weiter(zu)entwickeln«. Tagungsort ist der Unicampus Bockenheimer (Mertonstraße 26-28). Das Programm findet sich im Netz unter www.rechtaufstadt2017.de.

Vor allem SozialarbeiterInnen und Pflegepersonal dürften bei einer Konferenz am **Freitag, den 31. März**, angesprochen sein, wenn es um die Frage **Ab in die Wohnung und dann? Soziale Arbeit mit Care Leavern** geht. Neben der Vorstellung der Evaluationsergebnisse des Projekts »Home Support – Unterstützung für Dein Zuhause« werden verschiedene Aspekte von Care Leavern (d.h. Menschen, die den stationären Betreuungsstatus verlassen) behandelt. Die Veranstaltung findet von 9.30 bis 15.00 Uhr im HAW-Department Soziale Arbeit (Alexanderstraße 1) statt.

Die Bundestagsfraktion der LINKEN lädt für **Freitag, den 31. März**, ein nach Berlin. Von 15.00 bis 17.30 Uhr findet im Deutschen Architektur Zentrum (Köpenicker Straße 48/49) die **Konferenz Sozialer Wohnungsbau – Bilanz und Ausblick** statt. Teilnehmen werden u.a. Caren Lay (die stellvertretende Vorsitzende der

Bundestagsfraktion), Heidrun Bluhm (MdB DIE LINKE), Matthias Günther (Eduard-Pestel-Institut), Dr. Ulrike Hamann (Kotti & Co), Dr. Justin Kadi (Bauhaus-Universität Weimar), Katrin Lompscher (Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Berlin), Ricarda Pätzold (Deutsches Institut für Urbanistik, Difu), Ulrich Ropertz (Deutscher Mieterbund), Alexander Rychter (Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, VdW, Rheinland Westfalen) und Heike Sudmann. Mehr unter www.linksfraktion.de/termine/detail/sozialer-wohnungsbau-in-deutschland-bilanz-und-ausblick. Anmeldungen möglichst bis zum 24. März an veranstaltung@linksfraktion.de



Am **Montag, den 3. April**, geht es im St. Georger Vor-Ort-Büro (Zimmerpforte/Ecke Hansaplatz) um den bevorstehenden G20-Gipfel. Um 19.30 Uhr nimmt **Jan van Aken**, Bundestagsabgeordneter der LINKEN aus Hamburg, Stellung, nach dem Motto **Globale Gerechtigkeit geht anders**. Veranstalter ist das Forum Demokratischer Sozialismus (fds) Hamburg.

Und noch einer am **Montag, den 3. April**, in diesem Fall um 19.00 Uhr im »Mittelrangfoyer« des Deutschen Schauspielhauses (Kirchenallee 39). Zur Frage **Braucht Freiheit Sicherheit? Die aktuelle Diskussion um Innere Sicherheit** beziehen Hans-Christian Ströbele (Bundestagsabgeordneter der GRÜNEN) und André Schulz (Bund Deutscher Kriminalbeamter) Stellung, die Moderation obliegt der Journalistin Lena Gürtler. Der Eintritt beläuft sich auf 5 Euro, ermäßigt 3 Euro.

Die erste, vom Studierendenparlament der Hamburger Universität organisierte **Demonstration** gegen den dräuenden G20-Gipfel findet bereits am **Samstag, den 8. April**, statt. Die Parole lautet dabei, **Demokratisch wirken für Frieden und Gerechtigkeit – Gegen den G20-Gipfel 2017**. Gestartet wird um 14.00 Uhr auf dem Hachmannplatz, also vor dem Hauptbahnhof. Den Aufruf gibt es hier: www.stupa.uni-hamburg.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Vorlagen/Legislatur_2016-2017/V1617-049_Manifest_gegen_G20.pdf.

Neben der LINKEN sind es vor allem die GRÜNEN, die sich um das Thema Neue Wohnungsgemeinnützigkeit kümmern. Am **Montag, den 10. April**, 18.15 Uhr, lädt die **GRÜNE Bürgerschaftsfraktion** zur Diskussion in den Kaisersaal im Rathaus ein. Unter dem Motto **Bezahlbaren Wohnraum schaffen – Zeit für eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit** debattieren die ehemalige grüne Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk, der Vorsitzende des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen Landesverband Hamburg e.V. (VNW) Marko Lohmann, die stadtentwicklungspolitischen Sprecher der Bürgerschaftsfraktionen der GRÜNEN und der SPD, Olaf Duge und Dirk Kienscherf, der Gutachter Neue Wohnungsgemeinnützigkeit Jan Kuhnert (KUB GmbH) sowie Marc Meyer von Mieter helfen Mietern (MhM). Um Anmeldung an info@gruene-fraktion-hamburg.de wird gebeten.

Ebenfalls am **Montag, den 10. April**, steht um 19.00 Uhr Dr. Andrej Holm, der bekannte Stadtsoziologe aus Berlin, Rede und Antwort zum Komplex **Recht auf Stadt – Stadtentwicklung von unten**. Es lädt die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein, die Veranstaltung findet statt bei »dock europe e.V.« in Altona, genauer in der Bodenstedtstraße 16 (Hinterhof Eingang West).

Gelegenheit zu einem **Spaziergang auf Marx' Spuren** gibt es am **Mittwoch, 12. April** (15:00 Uhr, Treffpunkt: Uhrturm der St. Pauli-Landungsbrücken). Der Anlass: Am 12. April 1867 traf Karl Marx mit dem Segelraddampfer im Hamburger Hafen ein. Im Gepäck hatte er das Manuskript von »Das Kapital«, das er dem Verleger Otto Meissner persönlich übergeben wollte und das im selben Jahr erschien. Michael Sommer und Gerd Siebecke nehmen dies zum Anlass, 150 Jahre später Marx' (möglichen) Spuren zu folgen. Um 17:00 Uhr wird eine Gedenktafel am ehemaligen Verlagssitz in der Bergstraße 26 enthüllt. Der Teilnahmebeitrag beträgt 2 Euro, eine Anmeldung ist bis zum 2.4.2017 erforderlich unter marxinhamburg@web.de.

Die Neue Gemeinnützigkeit in der Wohnungspolitik steht auch im Mittelpunkt einer Veranstaltung der **Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE** am **Freitag, den 21. April**, um 19.00 Uhr, ebenfalls im Kaisersaal des Rathauses. Gast ist ebenfalls **Andrej Holm**, der fast Staatsrat in Berlin geworden wäre.



Lasst es schillern!, so lautet der Titel einer Veranstaltung der Anwohnerinitiative Schiller-Oper, die sich seit Jahren für den Erhalt des Gebäudes in St. Pauli einsetzt. Am **Sonntag, den 23. April**, lassen sich zwischen 15.00 und 18.00 Uhr reichlich Eindrücke gewinnen, was es mit dem Gebäude, seiner Geschichte und der möglichen Nutzung auf sich hat. Geboten wird an diesem Nachmittag im unmittelbar benachbarten Haus der Familie (Bei der Schilleroper 15) **Historisches, Kunst und Kultur zum Erhalt der Schiller-Oper**.

Perlen, wunderbare Perlen polieren, darum geht es **Dienstag, den 25. April**, um 17.00 Uhr in der GLS-Bank (Düsternstraße 10). Es geht aber nicht um die glitzernden Perlen an der Halskette, vielmehr um einen Schatz unserer Stadt, der in die Jahre gekommen ist und dringend Unterstützung benötigt: die Wohngebäude etlicher Stiftungen. Bestandaufnahme, Forderungen und nötige Maßnahmen diskutieren Ulrike Petersen (Stattbau Hamburg), Mechthild Kränzlin (Homann-Stiftung) und Johannes Jörn (Patriotische Gesellschaft). »Perlen polieren – Eine Initiative für Hamburger Wohnstifte« ist ein neuer Zusammenschluss und zu erreichen unter info@perlen-polieren.de.

Hamburger Ostermarschauftuf 2017

Den Kriegen zum Trotz: Frieden jetzt! Sofort!



Ostermarsch 2014 (Foto: Bildung ohne Bundeswehr)

Alljährlich ruft auch DIE LINKE auf zur Teilnahme am Ostermarsch, der seit 1960 die KriegsgegnerInnen in vielen deutschen Städten und Regionen zusammenbringt. Wir nehmen hier den Aufruf zur Demonstration am Ostermontag, den 17. April, auf.

Die Bundeswehr ist an vielen Kriegen direkt oder indirekt beteiligt – in Afghanistan, Mali, Irak, Syrien, im Mittelmeer und am Horn von Afrika ... Für diese Einsätze wird sie hochgerüstet. Die Bundesregierung hat angekündigt, in den nächsten 15 Jahren zusätzliche 130 Mrd. Euro in die Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr zu stecken. Die jährlichen Militärausgaben von heute 34,3 Mrd. Euro sollen im Rahmen der

NATO-Vorgaben beinahe verdoppelt werden. Deutschland arbeitet in und mit der EU daran, künftig auch eigenständig neben der NATO und ohne die USA militärisch eingreifen zu können. Es zeichnet sich ab, dass Deutschland und die EU die Rolle von Ordnungsmächten in Europa, im Nahen und Mittleren Osten und im Norden Afrikas übernehmen wollen – und damit auch die USA im Zuge ihres wachsenden Engagements in Asien entlasten werden. Ein wichtiges Ziel dabei ist die Sicherung des freien Zugangs zu Rohstoffen und Märkten. Die neuen Kriege werden ideologisch vorbereitet und abgesichert, indem Feindbilder wiederbelebt und neu geschaffen werden oder indem eigenes militärisches Handeln als humanitäre Intervention verbrämt wird.

Auch wenn es bei uns unterschiedliche Einschätzungen zur Militärpolitik Russlands gibt: Der Westen benutzt die Politik der russischen Regierung als Argument für die eigene Hochrüstung, statt Auswege aus der Eskalation zu suchen. Im Jahr 2015 wurden von der Bundesregierung Rüstungsexporte in Höhe von 12,8 Mrd. Euro genehmigt und damit im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls fast verdoppelt. Autoritäre und reaktionäre Regime wie die Türkei, Israel, Saudi-Arabien und Katar sind bevorzugte Kunden der deutschen Rüstungskonzerne. Das Geschäft mit dem Tod blüht. Unter Bruch der Verfassung ist Deutschland die militärische Drehscheibe für die US- und NATO-geführten Aggressionskriege. Auf deutschem Boden befinden sich die wichtigsten NATO- und US-Kommandozentralen. Über den US-Militärstützpunkt Ramstein werden Waffen- und Truppentransporte abgewickelt, Kampfeinsätze gestartet und Killerdrohnen gelenkt. Im Verein mit den Atommächten USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und Israel lehnt die Bundesregierung in der UNO Verhandlungen über ein Verbot aller Atomwaffen ab. Es ist beschlossen, die in der Bundesrepublik stationierten US-Atomwaffen durch neue Atomwaffen zu ersetzen, die erweiterte Einsatzfähigkeiten haben. Sie sind Bestandteil der US- und NATO-Atomkriegsstrategie, an der die Bundesregierung – entgegen ihren Lippenbekenntnissen zur atomaren Abrüstung – festhält.

Deshalb gehen wir Ostern auf die Straße und fordern:

- Nein zur Aufrüstung der Bundeswehr, zur Produktion von Kriegswaffen und zu Rüstungsexporten. Stopp der Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen. Sofortiger Stopp der Waffenlieferungen, insbesondere an die Türkei, an Israel, Saudi-Arabien und Katar. Die Milliarden für Rüstung und Krieg müssen für soziale Zwecke verwendet werden.
- Atomwaffen ächten und abschaffen. Die nukleare Komplizenschaft mit den USA muss beendet werden. Die Bundesregierung muss die Bereitstellung der Tornado-Flugzeuge und das Training der Bundeswehr für den Einsatz der Atomwaffen beenden und den Stationierungsvertrag für die Lagerung der US-Atomwaffen kündigen.

Hamburger Ostermarsch 2017

am Ostermontag, den 17. April:

- 11.30 Uhr: Friedensandacht in der Dreieinigkeitskirche am Hauptbahnhof
- 12.00 Uhr: Auftaktkundgebung vor der Kirche
- 12.30 Uhr: Ostermarsch mit der Strecke An der Alster, Sechslingspforte, Lange Reihe, Danziger Straße, Steindamm, Hansaplatz (Zwischenkundgebung), Hauptbahnhof, Lange Reihe, Carl-von-Ossietzky-Platz (Friedensfest und Abschlusskundgebung u.a. mit Norman Paech und Peggy Parnass)

- Schluss mit allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Sofortiger Waffenstillstand sowie Einleitung und Unterstützung von Friedensprozessen in Syrien, Afghanistan und Jemen. Aufhebung des Handelsembargos gegen Syrien, das die Zivilbevölkerung trifft.
- Raus aus der NATO und den Militärstrukturen der EU. Auflösung aller US- und NATO-Militärstützpunkte. Drastische Abrüstung der Bundeswehr mit der Perspektive ihrer Abschaffung.
- Keine Beteiligung Deutschlands am Konfrontationskurs gegen Russland – weder an Kriegsmanövern noch an der Militärpräsenz in Osteuropa. Frieden in Europa gibt es nur mit und nicht gegen Russland.
- Solidarität mit den Flüchtlingen. Schutz und Sicherheit für alle Opfer aus Kriegsgebieten und die von Hunger, Armut und Umweltzerstörung heimgesuchten Menschen. Das Massensterben im Mittelmeer muss beendet werden. Aufkündigung des Flüchtlingsdeals mit der Türkei. Schutzsuchende brauchen legale Einreisemöglichkeiten nach Europa.



Deserteursdenkmal am Dammtordamm (Foto: C. Hannen)

Das Menschenrecht auf Wohnen in Hamburg

Von Gerd Pohl



Kundgebung gegen GAGFAH (heute VONOVIA) vor d. Firmensitz in Wandsbek (M. Joho)

Wir freuen uns, in diesen »BürgerInnenbrief« einen Beitrag von Gerd Pohl aufnehmen zu können. Gerd Pohl ist Sozialwissenschaftler, Autor und Mitherausgeber der im VSA: Verlag erschienenen Bände »Hamburg: Gespaltene Stadt?« und »Hamburg: Internationale Metropole«. Er engagiert sich für das FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk (FIAN), die Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung.

Armut hat viele Gesichter. Arm oder armutsgefährdet sind in Hamburg etwa 350.000 Menschen. Es sind vor allem Langzeitarbeitslose mit unzureichender Grundsicherung, Alleinerziehende, Familien mit drei und mehr Kindern, Menschen mit Migrationshintergrund sowie AsylbewerberInnen und immer mehr ältere Menschen. Familienarmut ist auch Kinderarmut: In Hamburg sind etwa 50.000 Kinder unter 15 Jahren davon betroffen.

Inzwischen gibt es auch in Hamburg wieder eine wachsende Wohnungsnot, Obdachlosigkeit und Ernährungsarmut. Innerhalb der armen Bevölkerung gehören diejenigen, die über keinen Wohnraum verfügen oder nicht genügend finanzielle Mittel für die Ernährung haben, zu der am stärksten betroffenen Gruppe der Armen.

Es gibt nicht nur im globalen Süden, sondern auch im reichen Hamburg Menschen, die wohnungslos sind bzw. nicht genug zu essen haben. Menschenrechte sind unveräußerlich und gelten universell. Daher spielt es auch menschenrechtlich

keine Rolle, ob Menschen in Tansania, Neu-Delhi oder Hamburg obdachlos sind. In jedem Fall werden Menschenrechte verletzt.

Das Recht auf Wohnen ist ein Menschenrecht

Das Recht auf Wohnen und das Recht auf Nahrung sind soziale Menschenrechte. Grundlagen sind dafür Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie Artikel 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Im Artikel 11 heißt es: »(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen.«

Das Recht auf angemessenes Wohnen beinhaltet die Verfügbarkeit von Wohnraum sowie von Infrastruktur und Versorgung mit Wasser, Strom etc. Weiterhin gehören der diskriminierungsfreie Zugang zum Wohnraum und die Angemessenheit und Qualität des Wohnraums hierzu. Die Menschenrechte gelten in Deutschland für alle Menschen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

Die Bundesregierung hat die UN-Erklärung der Menschenrechte und den Sozialpakt ratifiziert und sich damit verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die menschenrechtlichen Verpflichtungen zum Recht auf Wohnen und Ernährung in Deutschland eingehalten werden. Dazu gehört ein umfangreicher Katalog von Achtungs-, Schutz- und Gewährleistungspflichten.

Zur Überprüfung ihrer Einhaltung gibt es ein Staatenberichtsverfahren. Der UN-Sozialausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Genf warf Deutschland bereits im Jahr 2011 gewichtige Verfehlungen und Versäumnisse bei der Umsetzung des Sozialpakts vor.

Auch verabschiedete die UN-Generalversammlung bereits 2008 ein Zusatzprotokoll zum Sozialpakt. Dadurch gibt es für die im Sozialpakt festgelegten Menschenrechte – neben den staatlichen Verpflichtungen – ein individuelles Beschwerdeverfahren, das die Wirksamkeit verbessert. Die Bundesregierung prüft dies immer noch. Menschenrechtsorganisationen fordern die baldige Ratifizierung des Beschwerdeverfahrens.

Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot

Sozial- und Wohlfahrtsverbände kritisieren in Hamburg zu Recht, dass eine nachhaltige Bekämpfung von Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit bisher nicht stattgefunden hat. Im Winter fehlen beispielsweise dringend benötigte Notunterkünfte. Daher bedarf es auch einer intensiven öffentlichen Debatte über die politische Mitverantwortung des Senats und vorhandene Handlungsmöglichkeiten.

Die Arbeit von »Hinz & Kunzt«, der Tafeln sowie anderer sozialer Einrichtungen erfährt zu Recht eine hohe Wertschätzung für das ehrenamtliche Engagement. Bürgerschaftliches Engagement kann die menschenrechtlichen und sozialstaatlichen Pflichten des Senats jedoch nicht ersetzen. Ziel muss es sein, Wohnungsnot, Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und Ernährungsarmut zu überwinden. Dazu gehört eine sozialstaatliche Unterstützung, die ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, damit niemand auf der Straße übernachten oder gar in einer reichen Stadt hungern bzw. die Nahrungsmittelhilfe der Tafeln in Anspruch nehmen muss.



Armutsfallen (M. Joho)



Demo gegen den Sozialabbau (M. Joho)

Menschenrechtlicher Handlungsbedarf

Die Behauptung, der Sozialstaat sei heute nicht mehr bezahlbar, ist nicht richtig. Es ist genügend Geld für die Bekämpfung von Wohnungslosigkeit und Ernährungsarmut vorhanden, wenn der Senat die entsprechenden Prioritäten setzt. Hamburg ist eine wirtschaftlich prosperierende Metropole mit einer großen Anzahl wohlhabender und reicher Bürger. Die Kluft zwischen Arm und Reich ist in Hamburg am größten und sie ist gewachsen. Es gibt es etwa 42.000 Vermögensmillionäre. Hamburg ist die Stadt mit der höchsten Dichte an Vermögensmillionären in Deutschland.

Das Sozialstaatsprinzip verpflichtet die Politik, zu einem sozialen Ausgleich in der Stadt beizutragen. Auch aus den ethischen Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit können sich individuelle und gesellschaftliche Handlungsnormen ableiten. Soziale Gerechtigkeit ist als politisches Prinzip des Sozialstaats von zentraler Bedeutung.

In der öffentlichen Debatte spielt das soziale Menschenrecht auf Wohnen bisher keine große Rolle. Es wird nicht als Verpflichtung für staatliches Handeln angesehen. Der Hamburger Senat entzieht sich weitgehend seiner Verantwortung zur wirksamen Bekämpfung von Wohnungslosigkeit, Obdachlosigkeit und Ernährungsarmut. Die Hamburger Politik ist in diesen Bereichen nicht menschenrechtskonform. Am Beispiel Sachsen lässt sich für Hamburg zeigen, wie ein konkretes Monitoring der Menschenrechte in der Wohnungsnothilfe aussehen kann.

Zur Perspektive einer sozialen Stadt gehört die Gewährleistung der Menschenrechte auf Wohnen und Ernährung. Die bisherigen Maßnahmen des Senats sind finanziell und konzeptionell nicht ausreichend. Der Senat ist gefordert, seine menschenrechtlichen Verpflichtungen und die im Grundgesetz enthaltenen sozialstaatlichen Prinzipien zu gewährleisten. Die Garantie der Menschenwürde und der Menschenrechte ist Teil der Hamburger Verfassung. Eine menschenrechtskonforme Wohnungs- und Sozialpolitik hat eine vordringliche Herausforderung für den Senat zu sein.

Alles paletti auf dem Mietwohnungsmarkt?

Von Heike Sudmann und Michael Joho



M. Pagels, Bezirksabgeordnete, Aktivistin i. Lenzviertel (M. Joho)

In den letzten Wochen hat die Wohnungswirtschaft mal wieder eine Kampagne gefahren, laut der es mit der Mietenexplosion in Hamburg gar nicht so weit her sei. »Hamburger Mieten bezahlbar«, titelte der NDR in seiner Mitteilung am 2. März. Tags zuvor hatte der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) eine Studie vorgelegt, nach der die höchsten Mieten bei nicht preisgebundenen Neuverträgen privater VermieterInnen im Durchschnitt 10,39 Euro pro Quadratmeter netto-kalt in »normaler Wohnlage« und 11,51 Euro in guter Wohnlage betragen. Bei der SAGA und den Genossenschaften lägen die Durchschnittsmieten bei 6,87 bzw. 7,30 Euro/qm. Im Hamburger Gesamtdurchschnitt würden die Haushalte 8,15 Euro/qm zahlen.¹

Wir reiben uns ein wenig die Augen und versuchen, den Zahlen auf den Grund zu gehen. Die genannten Daten sind einer Studie entnommen, die das Center of Real Estate Studies im Auftrag des VNW erarbeitet hat. Selbstverständlich sei sie repräsentativ, ja, die größte Mietenstudie überhaupt. Seltener nur, dass sie so wenig mit unseren Alltagserfahrungen – den Miethöhen bei vielen FreundInnen und Bekannten, allemal nach einem Umzug – überein geht. 250.571 Mietverträge seien in die Untersuchung einbezogen worden,² fürwahr, eine stolze Zahl, gibt es doch in Hamburg insgesamt etwa 700.000 Mietwohnungen, davon fast 260.000 Wohneinheiten (jeweils zur Hälfte etwa) im Eigentum der SAGA und der Wohnungsbaugenossenschaften, die restlichen fast 63% gehören privaten EigentümerInnen.

Bei näherem Hinsehen ergibt sich aus der Studie, dass von den berücksichtigten 250.000 Mietverträgen gut 210.000 von der SAGA und den Genossenschaften stammen, aber nur knapp 40.000 aus der so genannten freien Wohnungswirtschaft, was einer völligen Verkehrung der realen Verhältnisse auf dem hiesigen Mietwohnungsmarkt entspricht. Nun wissen wir ja – und deswegen schätzen wir sie auch – dass

gerade Hamburgs öffentliches Wohnungsunternehmen und die Genossenschaften deutlich günstigere Wohnungen vorhalten als die privaten WohnungsgeberInnen. Selbst wenn die »Daten privater Vermieter hochgerechnet worden« sind – so zumindest Studienleiter Prof. Michael Lister (»Hamburger Abendblatt«, 2.3.2017) –, ergibt das Ganze eine ziemliche Verzerrung. Gut 80% der kommunalen oder genossenschaftlichen Wohnungen, aber weit weniger als 10% der Mietverträge mit Privaten sind in die Erhebung eingeflossen. Wir unterstellen einfach mal, dass es vor allem die vergleichsweise freundlichen, weil einigermaßen günstig vermietenden PrivateigentümerInnen sind, deren (freiwillig gelieferte) Daten in die Untersuchung Eingang gefunden haben. In der Presseerklärung der Linksfraktion vom 2. März heißt es denn auch, dass diese »Studie nicht mehr als ein Placebo ist«, vielmehr der »untaugliche Versuch, die Notwendigkeit einer echten Mietpreisbremse in Frage zu stellen.«³

Zahlen und Daten sind in unserer heutigen Medienwelt von erheblicher Bedeutung für die eigene Meinung und das öffentliche Bewusstsein. Warum kommt so eine Studie wie die des VNW auf die erste Seite der Zeitungen, während andere Meldungen unter ferner liefen rangieren? Beispielsweise die Information, dass laut Statistischem Bundesamt mittlerweile rund 36% des »Konsumbudgets für Wohnkosten« ausgegeben werden müssen, 2005 waren es noch 33%.⁴ Und das ist nur der Durchschnitt der BundesbürgerInnen, in einkommensarmen Haushalten steigt dieser Anteil inzwischen bis auf 50%.

¹ www.vnw.de/fileadmin/redakteur/publikationen/Studien/1_Discussion_Paper_Personal_No_11_Hamburger_Wohnmarktstudie_2016_20170208.pdf.

² www.vnw.de/fileadmin/Publikationen/dokumente/P1194403.pdf.

³ www.linksfraktion-hamburg.de/2017/03/02/studie-zu-wohnungsmieten-ist-kaffeesatzleserei/.

⁴ www.zeit.de/gesellschaft/2017-03/statistisches-bundesamt-privat-haushalte-deutschland-wohnenkosten-ein-drittel-konsumbudget.

Die Legende vom Drittmix

Von Heike Sudmann und Michael Joho



HafenCity - der Inbegriff vom Mix... (Michael Joho)

Auf der Landespressekonferenz am 7. Februar stellten Stadtentwicklungssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Ralf Sommer, der Vorstandsvorsitzende der Hamburgischen Investitions- und Förderbank (IFB), das Wohnraumförderprogramm 2017/2018 vor.¹ Nehmen wir auf der Grundlage der dabei von ihnen gemachten Aussagen eine kurze Bewertung der aktuellen Wohnungsbaupolitik des SPD-GRÜN-geführten Senats vor.

Viele Maßnahmen weisen in die richtige Richtung...

Als Schwerpunkt bezeichnet der Senat, »dass für alle Einkommensgruppen bezahlbarer Wohnraum verfügbar ist«. Dies ist aus unserer Sicht auch der wichtigste Maßstab, an dem das Programm zu messen ist. Positiv festzuhalten ist zunächst, dass eine Reihe von Maßnahmen seit 2011 zur Schaffung von neuen Wohneinheiten (WE) ergriffen wurden:

- Die Zunahme der Baugenehmigungen von 6.811 (2011) auf 12.471 (2016);
- das Anwachsen des geförderten Mietwohnungsneubaus von 1.200 auf 2.000 WE (2012) und dann (2017) von 2.000 auf 3.000 WE mit Mietpreis- und Belegungsbindungen – davon **garantiert** allerdings im 1. Förderweg nur 1.900 klassische Sozialwohnungen sowie 300 sogenannte WA-Wohnungen, die direkt über das Wohnungsamt für vordringlich wohnungssuchende Haushalte vergeben werden. Im 2. Förderweg sollen bis zu 800 WE jährlich gebaut werden;
- die Steigerung des Subventionsbarwertes in der Wohnungsbauförderung von zuletzt 174,81 Mio. Euro (2016) auf 245,74 Mio. (2017) bzw. 250,61 Mio. Euro (2018).

Dies sind Maßnahmen, die sicher in die richtige Richtung weisen, doch das Tempo und die Dimensionen werden den Bedarfen keinesfalls gerecht.

... doch die Wohnraumförderung bleibt völlig unzureichend

Zwar sind in den vergangenen Jahren viele tausend Wohnungen neu gebaut worden, aber benötigt werden mehrere Zehntausend! So war in der WELT N24 am 7. Februar unter Berufung auf eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zu lesen: »Hamburg baut und baut – und schafft dennoch nicht genug Wohnraum.«² Erwähnt sei noch ein weiterer, ebenso bei Welt N24 am selben Tag erschiener Artikel mit der Überschrift: »Deutschland baut zu wenige Wohnungen und die falschen.«³

Der neue Wohnraum hält nicht einmal mit dem Bevölkerungswachstum Schritt...

Schauen wir uns die Bevölkerungsentwicklung in Hamburg an. **Alleine** das Gefälle zwischen der zuziehenden Bevölkerung und den Neubaukapazitäten ist unverändert groß. 2014 ist Hamburg um 16.500 Personen gewachsen,⁴ 2015 um weitere 24.617.⁵ 2014 und 2015 hat Hamburg also 41.000 BürgerInnen dazu gewonnen, in diesen beiden Jahren aber nur 15.495 WE neu errichtet. Gleichzeitig gab es fast 1.100 Woh-

¹ Wen die Kurzfassung interessiert, der/die schaut in die Pressemitteilung des Senats vom 7.2.2017: www.hamburg.de/bsw/presse/8118836/2017-02-07-bsw-wohnraumfoerderung-erhoeht/. Und hier gibt's die Langfassung, die Senatsmitteilung vom 7.2.2017 (Drs. 21/7873): www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/56503/eckpunkte-der-wohnraum-f%C3%B6rderprogramme-des-senats-2017-und-2018-sowie-stellungnahme-des-senats-zum-ersuchen-der-b%C3%BCrgerschaft-vom-12-november.pdf.

² www.welt.de/regionales/hamburg/article161891362/Hamburg-baut-nicht-genug-neue-Wohnungen.html.

³ www.welt.de/finanzen/immobilien/article161872459/Deutschland-baut-zu-wenige-Wohnungen-und-die-falschen.html.

⁴ www.statistik-nord.de/daten/anzeige/bevoelkerung-in-hamburg-2014/.

⁵ www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/S116_131.pdf.

Tabelle 1: Neubau, Bindungsausläufe und Sozialwohnungsbestand seit 2013

| | Bis Ende 2013 | Bis Ende 2014 | Bis Ende 2015 | Bis Ende 2016 | Bis Ende 2017 |
|---------------------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|
| Fertiggestellte WE 1. Förderweg | 2.006 a) | 2.005 | 2.148 | 1.945 d) | - |
| Ausgelaufene Bindungen b) | 10.856 | 2.769 | 6.931 | 4.731 | 3.363 |
| Sozialwohnungen insgesamt c) | 98.409 SAGA 40.991 | 89.343 SAGA 35.391 | 87.335 SAGA 34.141 | 80.495 SAGA 30.018 | 75.766 SAGA 26.896 |

a) Inkl. 2. Förderweg, s. »Wohnungsbau für die große Stadt«, hrsg. von der Freien und Hansestadt Hamburg, vom 24.2.2014, S. 4. www.hamburg.de/contentblob/4278200/1ef806a02026c9a5a69f240ddd6a231e/data/d-wohnungsbau-fuer-die-grosse-stadt.pdf

b) Angaben laut Drs. 20/4782 vom 7.8.2012. www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/37406/umgang-mit-belegungsbindungen.pdf

c) Angaben laut Link <http://www.hamburg.de/4551222> in der Drs. 21/780 vom 14.7.2015 (die Riesentabelle).

Die Zahlen weichen in den verschiedenen Dokumenten geringfügig voneinander ab.

d) Angaben für die Sozialwohnungen 2016 laut Senats-PM vom 7.2.2017.

nungsabgänge, sodass es unterm Strich nur ca. 14.400 WE mehr waren. Bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 1,9 Personen hätten aber rund 20.000 WE neu entstehen müssen, um **auch nur** den Bedarf der Neu-BürgerInnen zu befriedigen. Im angeführten ersten Artikel in der »WELT N24« wird daher davon ausgegangen, dass bis 2020 ca. 15.100 WE alljährlich neu entstehen müssten, um den Bedarf zu decken. Uns scheint auch diese Zahl noch zu knapp bemessen, nicht nur im Hinblick auf das prognostizierte Bevölkerungswachstum, sondern auch hinsichtlich des seit Jahren angestauten Fehls an einigen Zehntausend Wohnungen, von denen allerdings seit längerem nicht mehr gesprochen wird. Es wäre die Zeit daran zu erinnern.

...jedenfalls nicht hinsichtlich des Anteils günstiger Wohnungen

Kommen wir zu den günstigen, erschwinglichen Wohnungen, auf die ein wachsender Teil der Bevölkerung angewiesen ist. Dabei ist die Erhöhung der Zielzahl auf jährlich 3.000 geförderte WE (davon zusätzliche 300 mit WA-Bindung) zwar zu begrüßen, die klaffende Lücke lässt sich damit jedoch nicht im Entferntesten schließen. Dazu muss zunächst festgestellt werden, dass schon seit etlichen Jahren die Einkommensgrenzen (trotz nach und nach steigender Durchschnittseinkünfte so-

wie - deutlich schneller - steigender Mieten) nicht mehr angehoben worden sind, mit dem Ergebnis, dass laut Statistik immer weniger Haushalte eine Sozialwohnung beanspruchen können. Tatsächlich ist durch diesen »Trick« - besser: das politische Kalkül des Senats - der Anteil der Haushalte mit Berechtigung für eine Wohnung des 1. Förderweges sukzessive von 43% auf aktuell 38% (= 345.000 Haushalte) gesunken. Im neuen Wohnraumförderprogramm liest sich das dann so: »Um insbesondere Haushalte mit besonders geringen Einkommen vor einer Konkurrenz mit besserverdienenden Haushalten zu schützen, ist eine Ausweitung des Kreises der berechtigten Haushalte derzeit nicht angezeigt.« So begründet bzw. kaschiert der Senat seine unzureichenden Neubauzahlen bei den Sozialwohnungen auch noch sozial.

Vor allem aber ist darauf hinzuweisen, dass auch die gesteigerten Neubauzahlen den Verlust von gebundenen Sozialwohnungen keineswegs wettmachen, ganz im Gegenteil. Per Saldo sind 2013 gut fünfmal so viele Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung gefallen wie neue gebaut wurden, 2014 fast 1,5mal, 2015 nahezu 3,5mal und 2016 etwa 2,5mal so viele. Die entsprechenden Zahlen liefert die Tabelle 1.

Einen »Drittmix« hat es nie gegeben...

Bezeichnenderweise ist in der gesamten Senatsmitteilung - d.h. im neuen Wohnraumförderprogramm - an keiner Stelle mehr vom jahrelang wie bei einem Mantra beschworenen »Drittmix« die Rede, nirgends. Die Rede ist jetzt vielmehr von »dem im Bündnis für Wohnen in Hamburg vereinbarten Anteil von 30% geförderten Wohnungen«. Gemeint war mit dem Drittmix ursprünglich, jeweils 33,3% der WE im Eigentum, freifinanziert und gefördert - letzteres vor allem im 1. Förderweg - entstehen zu lassen.

Die im 2. Förderweg errichteten Wohnungen sind - zumindest bis 2015 - zu vernachlässigen, 2014 waren es lediglich 34, ein Jahr später gerade mal 42.⁶ 2016 waren es allerdings erstmals signifikant mehr: Nur noch 1.945 WE des 1. Förderweges standen 345 WE des 2. Förderweges gegenüber.⁷ Das bedeutet, dass 2016 weniger Sozialwohnungen für die Gering-

⁶ »Wohnungsbaubericht Hamburg 2014/2015«, hrsg. von der BSW im November 2016, S. 17f.

⁷ Senats-PM vom 7.2.2017: »Zielzahlen im sozialen Wohnungsbau das sechste Mal in Folge erreicht - Wohnraumförderung erhöht«.



Zeichnung von Elke Ehminger

Tabelle 2: Von wegen »Drittermix«: Wohnungsbauzahlen 2014 und 2015

| Bezirk | Anzahl fertiggestellter Wohneinheiten | | | Anzahl fertiggestellter Wohneinheiten | | |
|------------------|---------------------------------------|----------------|---------------------------|---------------------------------------|----------------|---------------------------|
| | 2014 insgesamt | davon SAGA GWG | davon im 1. Förderweg | 2015 insgesamt | davon SAGA GWG | davon im 1. Förderweg |
| Mitte | 1.036 | 302 | 553 = 53,4% | 1.654 | 114 | 387 = 23,4% |
| Altona | 1.307 | 165 | 236 = 18,1% | 1.383 | 65 | 114 = 8,2% |
| Eimsbüttel | 1.116 | 0 | 76 = 6,8% | 1.027 | 24 | 232 = 22,6% |
| Nord | 1.309 | 329 | 633 = 48,4% | 1.905 | 673 | 940 = 49,3% |
| Wandsbek | 1.149 | 107 | 359 = 31,2% | 1.352 | 161 | 194 = 14,3% |
| Bergedorf | 408 | 0 | 11 = 2,7% | 455 | 0 | 32 = 7,0% |
| Harburg | 649 | 106 | 137 = 21,1% | 745 | 8 | 174 = 23,4% |
| HH gesamt | 6.974 | 1.009 | 2.005 = 28,7% | 8.521 | 1.045 | 2.148 = 25,2% |
| | | | Blau: + 33% Rot: - 33% | | | Blau: + 33% Rot: - 33% |

Zahlen aus: Wohnungsbaubericht Hamburg 2014/2015. Hrsg. von der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen. Hamburg, November 2016. S. 17f.
Prozentzahlen = eigene Berechnung

verdienerInnen gebaut worden sind als noch in den Jahren zuvor (siehe Tabelle 1)!

Aber noch einmal zum vielbeschworenen Drittermix der letzten Jahre. Faktisch fielen die realen Zahlen ganz anders aus: 2014 sind nicht 33% öffentlich geförderte WE fertiggestellt worden, sondern lediglich 28,7% (= 2.005 WE im 1. Förderweg; die 34 des 2. Förderweges müssten noch dazu gerechnet werden, sind aber unerheblich); 2015 waren es sogar nur 25,2% (= 2.148 WE des 1. Förderweges; die 42 des 2. Förderweges verändern den Anteil auch nicht sonderlich). 2016 muss also differenzierter betrachtet werden. Aber auch für das vergangene Jahr gilt, dass die 2.433 entstandenen, öffentlich geförderten WE nicht ansatzweise ein Drittel der gesamten Neubautätigkeit ausmachten.

...bestenfalls kann von einem Viertel Anteil Sozialwohnungen geredet werden

Dass der Drittermix immer ein schlecht erzähltes Märchen war, veranschaulicht die Tabelle 2.

In blau hervorgehoben sind die Werte, die über dem propagierten Drittermix (also über 33,3%) liegen, in rot die Werte unter einem Drittel. Die Kernaussage noch einmal im Klartext: Im Jahre 2014 wurden gerade einmal 28,7% aller Neubauwohnungen im 1. Förderweg errichtet (= 2.005 WE), 2015 waren es nur noch 25,2% (= 2.148 WE). Und für 2016 dürften die Verhältnisse ähnlich ausfallen – leider fehlen noch die Angaben über die Baufertigstellungen im letzten Jahr insgesamt. Und noch etwas unterstreicht diese Tabelle. Hätte es nicht die Bezirke Mitte (zumindest 2014) und vor allem Nord gegeben, Hamburg wäre bei einem Anteil geförderter Wohnungen von deutlich unter 20% angekommen.

Schauen wir in nächster Zeit verstärkt nach Berlin

Wir bleiben dabei, die Wohnungsmisere in Hamburg wird nicht kleiner. Mietenwahnsinn und Wohnraumangel werden bei der anhaltenden Politik des SPD-GRÜNEN-Senats weiter zunehmen. Schauen wir auf Berlin, von wo aus in Sachen Wohnungspolitik einige erfreuliche Signale vom rot-rot-grünen Senat ausgehen. Im Februar hat Bausenatorin Katrin Lompscher (DIE LINKE) verkündet, dass zukünftig nicht mehr nur 25%, sondern in Zukunft 30% der vorgesehenen Neubaufäche mit Sozialwohnungen bebaut werden müssen – aufgrund kleinerer Zuschnitte und höheren Geschosswohnungsbaus wird das zu einer erheblich größeren Zahl an neu errichteten Sozialwohnungen führen. Das »Berliner Modell« der kooperativen Baulandentwicklung, so war jüngst in der »Berliner Morgenpost« vom 17. März zu lesen, »verpflichtet private Investoren, als Gegenleistung für die Baugenehmigung einen Prozentsatz des Wohnraumes günstig für Mieten von 6,50 Euro pro Quadratmeter anzubieten«. Davon hätten wir gerne mehr, auch in Hamburg.

Es ist sicher interessant, in die Koalitionsvereinbarung von SPD, GRÜNEN und LINKEN in Berlin zu schauen, die am 16. November 2016 unterzeichnet wurde.⁸ In diesem Zusammenhang sei schon einmal angekündigt, dass es am 8./9. September 2017 auf Einladung des Abgeordneten der LINKEN Jan van Aken eine Fahrt in die Bundeshauptstadt geben wird. Dabei wollen wir auch schauen und hören, was ein knappes Jahr R2G bewegen konnte – und was vielleicht auch nicht.

⁸ https://gruene.berlin/sites/gruene.berlin/files/2016-11-16-koalitionsvereinbarung_2016-21_final_0.pdf.

Kulturtipp: aaarm und RRRREICH



Tristan Jorde und Kristin Kehr (Foto: Barbara Palffy)

»Ohne Empörung sind wir nur Mitläufer«, haben sich Tristan Jorde (Wien) und Kristin Kehr (Stade) gesagt und aus der Arm-Reich-Problematik eine »Opera Povera in drei Akten« gemacht. Schon ihr Debüt in Hamburg mit einem Eisler-Tucholsky-Abend »war ein wunderbar spitzes und amüsanter Stück Gesellschaftskritik aus Gesang und Spiel« – so die Tippgeberin Ina Morgenroth. Nun erwartet die BesucherInnen am Sonntag, den 2. April, um 18.00 Uhr im Kulturladen St. Georg (Alexanderstraße 16) also ein weiteres Werk des Wiener Künstlerkollektivs »M. Pört«.

Das lesende und singende Duo – verstärkt durch den Gitarristen JP Schulz – präsentiert im ersten Akt »All das Vergangene«, im zweiten einen »Blick rundum im Zorn« und als Presto furioso, im dritten Akt, eine Auseinandersetzung mit der Frage, »Darbst du noch oder lebst du schon?«. In der »musikalischen Lesecollage« werden Ich-Erzählungen aus unterschiedlichen Welten und Zeiten gelesen und szenisch umgesetzt, gewürzt mit Videos und Gesang«, so die Ankündigung des Duos. »Da treffen die kleinen Dinge auf Superreiche, die Passion der Proleten auf Luxus, und unvorstellbares Vermögen auf die Elenden. Die Texte kommen aus alter Zeit, mitten

aus der Globalisierung und aus dem Hier und Jetzt. Von Victor Hugo über Hans Fallada bis zu Bert Brecht und Arundhati Roy. Von Hanns Eisler bis zu Konstantin Wecker.« Zur Einstimmung gibt es hier schon mal einen kurzen Zusammenschnitt: <https://youtu.be/bsjo4uhSBIQ>. Das alles macht doch einen guten Vorgeschmack...

Das Programm wurde 2013 von M. Pört in Wien beim »Kulturherbst Neubau« uraufgeführt. Seit eben diesem Jahr brillieren die beiden SchauspielerInnen Tristan Jorde und Kristin Kehr gemeinsam mit verschiedenen MusikerInnen »musikalisch-theatrale Programme. Diese haben immer einen politischen und gesellschaftskritischen Hintergrund.« Doch die beiden KünstlerInnen, so ihr Versprechen, »wollen nicht nur aufrütteln, sondern dabei ihre Zuschauer immer auch berühren und unterhalten.« Mehr zu dem Künstlerkollektiv unter www.facebook.com/m.poert.

Der Eintritt für »aaarm und RRRREICH« beläuft sich auf 11 Euro, ermäßigt auf 9 Euro. Kartenvorbestellungen – und die Zahl der Plätze im Kulturladen ist arg begrenzt – können via www.kulturladen.com oder unter Tel. 280 54 862 vorgenommen werden.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.